

WNK/UWG möchte Stellungnahme der Verwaltung

Viele offene Fragen zur Schulöffnung

1164

05.05.2020

Von Anja Carolina Siebel

Vorige Woche hat das Land Nordrhein-Westfalen mit der schrittweisen Öffnung der Schulen begonnen. Der auf dem Bildungsportal NRW abrufbare Rahmen-Hygieneplan für Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche sieht allgemein gehaltene Informationen vor, die nicht auf die besonderen Anforderungen zum Infektionsschutz in Zeiten von Corona angepasst sind. Das Gleiche gilt für den „Muster-Reinigungs- und Desinfektionsplan für Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche“, der Ermessensspielräume aufführt.

Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNK/UWG, hat nun diesbezüglich Fragen an die Stadtverwaltung, die in der für Mitte Juni geplanten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses geklärt werden sollen.

„Ministerpräsident Laschet hat in diesem Zusammenhang herbe Kritik an den kommunalen Schulträgern geäußert, die von diesen und den kommunalen Spitzenverbänden in aller Deutlichkeit zurückgewiesen wurde“, heißt es in dem Schreiben.

„Die Schüler trainieren im Eifgen-Stadion bereits fürs Sport-Abitur.“

Stefan Görnert,
Erster Beigeordneter

Hintergrund: In einer Talkshow des Fernsehsenders ARD vor gut einer Woche hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident die Kommunen für Schutz- und Hygienemaßnahmen verantwortlich erklärt. „Das hat uns sehr verwundert“, sagt der Erste Beigeordnete der Stadt Wermelskirchen, Stefan Görnert, dazu. „Dazu wird es noch Klärungs-



Sieht die Kommune nicht allein in der Pflicht für Hygiene und Schutz: Stefan Görnert. Foto: Roland Keusch

bedarf geben.“ Fieberhaft wartete man im Rathaus deshalb auch auf weitere Entscheidungen, die sich aus Gesprächen der Bundesregierung mit den Ländern am morgigen Mittwoch ergeben sollen.

Unter der Voraussetzung, dass aber die Ausstattung der Schulen und die Durchführung der Hygienemaßnahmen tatsächlich in den Aufgabenbereich des Schulträgers fallen und die Eltern sowie die Schüler über die Maßnahmen aufgeklärt sein sollten, stellt die WNK/UWG Fragen an die Verwaltung: „Welche Maßnahmen hat die Verwaltung mit den Schulen abgesprochen?“, möchte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse beispielsweise wissen. Zudem sei fraglich, ob für Schüler und Lehrer ausreichend Desinfektionsmittel zur Verfügung stehen und wie die vorgegebenen Hygienestandards, zum Beispiel die Reinigung von Waschbecken und Toiletten, sichergestellt werden solle.

Zudem: „Welche Vorgaben seitens der Landesregierung gibt es bezüglich der Abstandsflächen und stehen diese in allen Wermelskirchener Schulen

zur Verfügung?“ Außerdem gehe es darum, wie die Abstandsregeln unter den Schülern eingehalten werden können und wer das kontrolliere. Und: „Mit welchen weiteren Maßnahmen soll die Ansteckungsgefahr innerhalb und außerhalb des Schulgebäudes minimiert werden?“

Offene Fragen, die aber zum Teil jetzt schon im Rathaus und bei den Schulen gestellt und teilweise offenbar auch umgesetzt wurden.

„Wir konnten zum Beispiel erreichen, dass das Sportabitur am Gymnasium stattfindet“, berichtet Stefan Görnert. So würde es Fächer wie Indoor-Volleyball oder Schwimmen zwar dieses Jahr nicht geben. Görnert: „Die Schüler trainieren aber bereits im Eifgen-Stadion. Alle Freiluft-Disziplinen könnten stattfinden.“

Auch hätte das Gymnasium bereits eine Art „Einbahnstraßenregelung“ im Schulgebäude eingeführt, so dass sich Lehrer und Schüler beim Eintreten und Verlassen des Gebäudes nicht unmittelbar begegneten.

„Alles Weitere“, sagt Görnert, „müssen wir aber jetzt abwarten.“

|Standpunkt

Corona

Gestern sind zwei bestätigte Corona-Fälle im Kreis bekanntgeworden. Damit steigt die Gesamtzahl der positiv auf das Coronavirus getesteten Personen auf 433 an. Eine Schülerin des Berufskollegs in Bergisch Gladbach ist positiv auf Corona getestet worden. Alle Kontaktpersonen aus dem schulischen Umfeld konnten ermittelt werden. Es handelt sich um insgesamt 23 Personen aus der Schülerschaft. Die Zahl in Wermelskirchen blieb konstant.

Wer ist denn zuständig?

Von Anja Carolina Siebel

Klar ist: Es gibt noch viele offene Fragen zu den anstehenden schrittweisen Öffnungen der Schulen. Klar ist aber auch: Die Abwicklung kann nicht allein Sache der Kommunen sein. Denn die Schulträger sind angewiesen auf klare Vorgaben vom Land Nordrhein-Westfalen, um sich optimal auf das, was da kommt, vorbereiten zu können. Tatsache ist nämlich auch, dass zur Stunde noch überhaupt nicht feststeht, vor welchen Herausforderungen die Schulen wirklich stehen. Dazu müssten sie erst einmal wissen, wie es mit den Schülern nun weitergeht. Bisher dürfen die Abschlussklassen und die Viertklässler wieder zur Schule. Alle anderen warten beim so genann-

ten Homeschooling zuhause geduldig ab, was mit ihnen geschieht. Inklusive der Eltern, die zum Großteil berufstätig sind und seit vielen Wochen Berufsalltag und Beschulung ihrer Kinder organisieren müssen. Für Herumdiskutierereien bleibt weder ihnen noch den Lehrern Zeit. Denn es geht gerade bei den Schulen um viel. Zu wünschen wären also klare Ansagen von der Landesregierung, möglichst schon Mitte der Woche.

| Viele offene Fragen zur Schulöffnung



anja.siebel
@rga-online.de

WNKUWG sorgt sich um Hygiene B4 09.05.

Die Fraktion richtet viele Fragen an die Stadtverwaltung zur Öffnung der Schulen.

WERMELSKIRCHEN (rue) Mit einer Anfrage für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses widmet sich die WNKUWG der Öffnung der Schulen. Nach Meinung der Fraktion sieht der auf dem Bildungsportal NRW abrufbare Rahmen-Hygieneplan für Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche allgemein gehaltene Informationen vor, die nicht auf die besonderen Anforderungen zum Infektionsschutz in Zeiten von Corona angepasst sind. Das Gleiche gelte für den „Muster-Reinigungs- und Desinfektionsplan für Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche“, der Ermessensspielräume aufführe.

Da die Ausstattung der Schulen und die Durchführung der Hygienemaßnahmen in den Aufgabenbereich des Schulträgers fallen und die Eltern sowie die Schüler über die Maßnahmen aufgeklärt sein wollen, hat die WNKUWG Fragen an die Verwaltung. ► Welche Maßnahmen hat die Verwal-

tung mit den Schulen abgesprochen?

- Stehen für Schüler und Lehrer ausreichend Desinfektionsmittel zur Verfügung?
 - Wie werden die notwendigen Hygienestandards (Reinigung Waschbecken und Toiletten) sichergestellt?
 - Welche Vorgaben seitens der Landesregierung gibt es bezüglich der Abstandsflächen, und stehen diese in allen Schulen zur Verfügung?
- Wie werden die Abstandsregeln eingehalten, wer kontrolliert sie?
- Mit welchen weiteren Maßnahmen soll die Ansteckungsgefahr innerhalb und außerhalb des Schulgebäudes minimiert werden?

Nach Absicht der WNKUWG zeige die Corona-Krise bereits heute, dass es richtig war, Anträge zur besseren IT-Ausstattung der Schulen zu stellen. Der aktuelle Fernunterricht habe aber auch Schwachstellen aufgezeigt. Daraus ergeben sich weitere Fragen.

- Gibt oder gab es für die Schulen eine technische Unterstützung der Verwaltung für den di-

gitalen Unterricht oder haben die Schulen so etwas angefragt?

- Wie ist die Zufriedenheit der Schulen mit der IT-Ausstattung? Was hat nicht funktioniert?
- Wie viele Schüler und Eltern beklagen das Fehlen digitaler Ausstattung bzw. eine schlechte technische Ausstattung? Kann die Verwaltung den Schulen für die Zukunft eine gewissen Anzahl Ausleihgeräte vorhalten?

„Wir brauchen ganzheitlich ergänzende Maßnahmen bezüglich der Inhalte und der Lehrkräfte, zusätzlich und außerhalb der kommunalen Zuständigkeiten“, schreibt der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse.

Die „schulfreie“ Zeit habe Spielraum für Arbeiten geschaffen, die üblicherweise den Schulbetrieb stören. „Würden an den Schulen ausstehende Renovierungen, Instandsetzungen oder Sanierungen während des Ruhens des Schulbetriebes durchgeführt? Wenn ja, wo und was?“, fragt die WNKUWG.

WNKUWG will Kommunalwahl erst 2021

BH
06.05.
2020

Thorn Seidel hat kein Verständnis für die Pläne der Landesregierung, am 13. September wählen zu lassen.

WERMELSKIRCHEN (rue) Dass die für den 13. September geplante Kommunalwahl stattfindet, hält der stellvertretende Vereinsvorsitzende der WNKUWG, Thorn Seidel, für einen „schlechten Witz“. Großveranstaltungen wie die Kirmes oder die Kinderstadt seien abgesagt worden. Der Sommerurlaub stehe für viele in den Sternen – und noch sei nicht klar, wann Restaurant- und Kneipenbesuche wieder möglich sind. „Die Corona-Krise bringt einschneidende und schmerzhaft Einschnitte in unser Leben, die die überwältigende Mehrheit der Bürger jedoch in Verantwortung für Gesundheit und Leben und das ihrer Mitmenschen in vorbildlicher Weise mitträgt und erträgt“, schreibt Seidel. In dieser Situation habe die Landesregierung die irrwitzige Vorstellung, sich die Kommunalwahl zu gönnen, als sei

nichts gewesen. „Wer soll dafür Verständnis haben?“, fragt er. Nur weil die CDU meine, quasi als Krisengewinner auf den derzeit bundesweit guten Umfragewerten reitend die Rathäuser stürmen zu können, nur weil die FDP Puzzleteile für ihre Lockerungsorgie sammelt, sollen Millionen Wähler und tausende Helfer gefährdet werden?

Kein Wissenschaftler könne sagen, welche Konzentration ausgeatmeter Viren sich in geschlossenen Räumen wie lange hält und



Thorn Seidel von der WNKUWG.

FOTO: ARCHIV

Infektionen auslöst und wie lange sich das Virus auf Oberflächen wie Stimmzetteln hält. Den Ministerpräsidenten und seine Regierung interessiere das nicht: „Augen zu und durch“ laute die Devise. Dass Millionen Bürger und damit auch Virusträger, durch die Wahllokale laufen, sei ebenso egal wie, dass tausende Wahlhelfer beim Auszählen „bedampfter“ Stimmzettel gefährdet werden, die Wahlleitungen keine zur Wahrung der Abstände genügend großen Wahllokale bereitstellen können, sich wahrscheinlich keine Wahlhelfer finden werden, die sich zu Recht den Gefahren nicht aussetzen wollen, sich neue Kandidaten und Gruppierungen nicht in persönlichen Kontakten publik machen können, ein normaler Wahlkampf nicht möglich ist und dass viele Bürger aus Eigenschutz

nicht zur Wahl gehen werden. Seidel: „Wer übernimmt die Verantwortung für durch die Kommunalwahl verursachte Kranke und Tote? Wer übernimmt die Kosten für den jetzt zu startenden Wahlkampf, wenn die Wahl dann doch noch kurzfristig abgesagt werden muss? Wer stellt Wahlkampfmittel zur Verfügung, wenn 2021 ein zweiter Wahlkampf ansteht, weil die Wahl kurzfristig doch verschoben wurde?“

Und das alles nur, weil man die Wahl aus teilweise niederen Beweggründen unbedingt stattfinden lassen will, meint Seidel. Mit einer Zweidrittelmehrheit könnte der Landtag problemlos die Landesverfassung ändern und die Kommunalwahl ins Jahr 2021 verschieben – zumindest, bis ein Impfstoff bereitsteht und damit die Gesundheit der Bürger gesichert ist.

Bornhold kandidiert für Freie Wähler 11/61 11/05

-ms- Die Freien Wähler NRW stellen personelle Weichen für die Kommunalwahl: Für den Regionalrat Köln wurde am vergangenen Samstag Rüdiger Bornhold aus Wermelskirchen erneut zum Spitzenkandidaten bestimmt, teilt Henning Rehse mit. Die 44 Mitglieder des Regionalrates Köln bilden die politische Vertretung des Regierungs-

bezirks Köln. Gewählt von den Kreistagen von sieben Landkreisen, von den Räten von drei kreisfreien Städten, der Stadt Aachen und vom Städteregionstag Aachen repräsentieren die ehrenamtlich tätigen Regionalratsmitglieder die 4,4 Millionen Einwohner des Regierungsbezirks. Ihre wichtigste Aufgabe ist dabei die Strukturpolitik.

Freie Wähler stellen Kandidaten auf BM 12/05

Henning Rehse und Rüdiger Bornhold aus Wermelskirchen treten im Herbst an.

WERMELSKIRCHEN (rue) Die Freien Wähler in Nordrhein-Westfalen haben am Samstag die personellen Weichen für die Kommunalwahlen am 13. September gestellt. Für die Verbandsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) wurde Henning Rehse (57) aus Wermelskirchen erneut zum Spitzenkandidaten bestimmt. „Der Landschaftsverband leistet viel für die Menschen im Rheinland. Aber auch hier steht vieles von dem Erreichten auf dem Spiel“, sagt er. Vor dem Hintergrund der ökonomischen

Einbrüche durch die Corona-Krise und die Haushaltsverschlechterungen der Kommunen in Deutschland von bis zu 50 Milliarden Euro sei es dringend geboten, die solide und zurückhaltende Wirtschaftspolitik fortzuführen.

Der LVR ist als Kommunalverband rheinlandweit in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur tätig. Er ist mit 19.000 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von 4,1 Milliarden Euro der größte Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland, betreibt 41 Schulen, zehn Kliniken und drei Netze heilpädagogischer Hilfen sowie 19 Museen und Kultureinrichtungen. Außerdem verweist Rehse darauf, dass der Kreis von der Arbeit des LVR profitiert. Im Haushaltsjahr 2018 habe der Kreis eine Umlage von 61,6 Millionen Euro an den LVR gezahlt. Im gleichen Zeitraum flossen Leistungen von 131,5 Millionen Euro in den Kreis zurück, die Qualität für Menschen garantieren“, sagt Rehse.

Für den Regionalrat Köln wurde Rüdiger Bornhold, ebenfalls aus Wermelskirchen, erneut zum Spitzenkandidaten bestimmt. Die 44 Mitglieder des Regionalrates bilden die politische Vertretung des Regierungsbezirks Köln. Gewählt von den Kreistagen von sieben Landkreisen, von den Räten von drei kreis-

freien Städten, der Stadt Aachen und vom Städteregionstag Aachen repräsentieren die ehrenamtlich tätigen Regionalratsmitglieder die 4,4 Millionen Einwohner des Regierungsbezirks. Die wichtigste Aufgabe des größten Regionalrates in Deutschland ist die Strukturpolitik. „Die Region muss gemeinsam und abgestimmt vorangebracht werden. Dabei geht es häufig um Siedlungs- und Flächenpolitik, Gewerbeentwicklung, Verkehrswege, Naturschutz und Energiepolitik, heißt es in einer Mitteilung.



Rüdiger Bornhold will sich im Regionalrat engagieren. FOTO: FREIE WÄHLER



Henning Rehse tritt für den Landschaftsverband an. FOTO: PRIVAT

WNKUWG: Kommunalwahl verschieben, nicht absagen

BH
13.05

WERMELSKIRCHEN (rue) Mit Unverständnis reagiert Henning Rehse (WNKUWG) auf den Leserbrief von Andreas Willinghöfer. Dieser hatte die Forderung von Thorn Seidel (WNKUWG) zurückgewiesen, die Kommunalwahl im Herbst zu verschieben. Diese sehr dünne Replik zur Position der WNKUWG hinsichtlich der Durchführung der Kommunalwahl verwundere ihn doch sehr: „Einfach nur in den Chor derjenigen einzustimmen, die bei fast jeder durch Corona bedingten Einschränkung den Warnruf hinsichtlich Abschaffung der Demokratie erschallen lassen, ist einfach nur billig. Es geht nicht um die Absage der Wahl,

sondern um deren Verschiebung um einen überschaubaren Zeitraum“, schreibt Rehse. Willinghöfer setze sich mit keiner Silbe mit den Argumenten auseinander, es gehe ihm wohl nur um Stimmungsmache gegen eine Position der WNKUWG, die sehr viel Zuspruch erfahre, sogar von den Grünen. „Dann ist es natürlich folgerichtig, sich nicht mit Inhalten, sondern mit Stilfragen zu beschäftigen“, meint Rehse. Dieses „Mimimi“ werde von den Grünen gerne intoniert, wenn es an Argumenten mangle. Rehse vermisst mehr Verständnis und Sensibilität für den Schutz von Menschen – gerade aus Risikogruppen.

Heute

Spitzenkandidat aus Wermelskirchen

WVA
13.05



Henning Rehse von den Freien Wählern.

Archivfoto: Herbert Draheim

Für die Verbandsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) wurde Henning Rehse (57) aus Wermelskirchen erneut zum Spitzenkandidaten der Freien Wähler NRW bestimmt. Der LVR leistet viel für die Menschen im Rheinland. Aber auch dort stehe einiges auf dem Spiel. Es sei geboten, die solide und zurückhaltende Wirtschaftspolitik fortzuführen.